



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

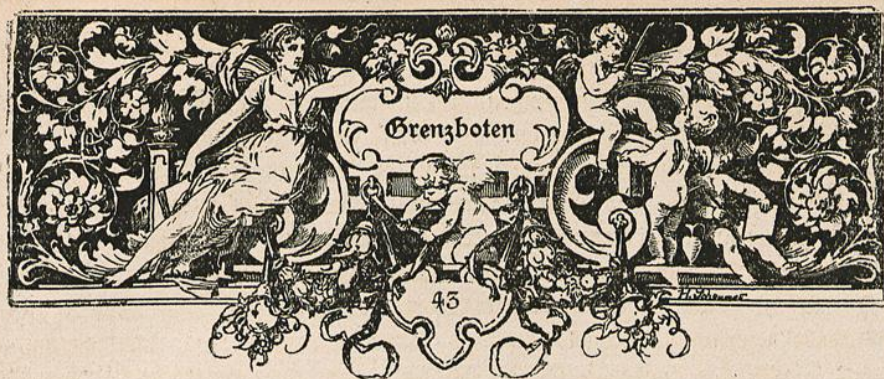
**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Thimme, Friedrich : Die Regierungskrise

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die Regierungskrise

Von Dr. Friedrich Thimme



Als Herr Dr. Michaelis Mitte Juli dieses Jahres durch den Kaiser an das Steuer des Reichsschiffes gestellt wurde, hat er eigentlich in der ganzen Presse rechts wie links und selbst bei den Anhängern des alten Kanzlers eine gute Aufnahme gefunden. Von seiner Tätigkeit als preussischer Staatskommissar für Volksernährung ging ihm der Ruf stählarter Entschlossenheit voraus, und aus seiner ersten Reichstagsrede, in der der neue Kanzler ausdrücklich betonte, daß er sich die Führung nicht aus der Hand nehmen lassen werde, schien hervorzugehen, daß er diese Eigenschaft auch in sein neues Amt hinübernehmen wolle und werde. Führung: das war es in der Tat, was weite Kreise nachgerade bei seinem Vorgänger vermissen wollten; das war es, was das ganze Volk ersehnte, was im letzten Grunde auch der Reichstag erhoffte. Ganz allgemein war der Wunsch, daß der neue Kanzler das „übermenschlich große Amt“, wie es Friedrich Naumann nannte, gut führen möge, als ein großer Mann, als ein Verwalter nationaler Kraft. Ja, von vielen Seiten wurden dem Nachfolger Bethmann Hollweg im voraus die größten Vorschußlorbeeren erteilt. „Dürfen wir hoffen“, so fragte im Augustheft der „Deutschen Revue“ eine Persönlichkeit, der von der Schriftleitung eine genaue Bekanntschaft mit Dr. Michaelis nachgerühmt wurde, „daß sich, wie in den größten Krisen unserer Geschichte, neben Blücher wieder ein Stein, neben Moltke ein Staatsmann von der Entschlossenheit Bismarcks stellen wird?“ — eine Frage, die gleich mit Entschiedenheit bejaht wurde. Mit vollem Recht hat der Herausgeber dieser Zeitschrift in Nr. 34 vom 22. August gegen solche voreiligen Überschwenglichkeiten energischen Einspruch erhoben: das erschwere nur dem neuen Manne sein Amt, trage Hoffnungen ins Volk von einer grenzenlosen Überspanntheit, so daß später sogar die größten Taten schal erscheinen müßten, und verderbe den Geschmack an dem, was Herr Michaelis wirklich sei.

Nie waren solche Warnungen gegründeter als in diesem Falle. Ein Vierteljahr ist erst seit Herrn Dr. Michaelis' Ernennung verflossen, aus dem Sommer ist Herbst geworden, und schon hat ein rauher Reif sich vernichtend auf alle Hoffnungen und Träume gelegt. Von dem Vertrauen, das dem sechsten Kanzler bei seinem Amtsantritt so bereitwillig von allen Seiten entgegengebracht wurde, ist wenig, sehr wenig zurückgeblieben. Es fehlte nicht viel, daß es schon bei der Reichstagstagung im August zu einem Konflikt zwischen Regierung und Parlament und damit zu einer Krise gekommen wäre. Jetzt, im Oktober, stehen wir unzweifelhaft vor einer wirklichen Krisis der Reichsleitung. Zwar haben die Zwischenfälle der letzten Reichstagstagung nicht dazu geführt, daß das von den unabhängigen Sozialdemokraten beantragte Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler im Gros der bürgerlichen Parteien aufgenommen wäre. Aber die Ablehnung dieses Mißtrauensvotums hat doch auch keineswegs die Bedeutung einer Vertrauenserklärung. Die Linksparteien scheuten vor einer Krise zurück, weil eine solche im Auslande unser Ansehen von neuem erschüttern mußte, im Inlande aber der Heze gegen den Reichstag neue Nahrung zuführen konnte, auch mochte die Besorgnis einwirken, daß an die Stelle Michaelis' ein Mann treten könnte, der noch weniger nach dem Herzen der Reichstagsmehrheit ist. Bei der Rechten ist von der entschiedenen Parteinahme für Michaelis, die anfangs hin und wieder durchblickte, auch kaum noch etwas zu spüren. Man würde ihn hier vielleicht offen fallen lassen, wenn nicht, genau wie auf der Linken, die Furcht vor einem fatalen Nachfolger davon zurückhielte. Dort schreckt das Gespenst des Fürsten Bülow, hier das des Staatssekretärs von Kühlmann und noch mehr das des Grafen Bernstorff. Gerade aber der Zustand, daß keine unserer Parteien sich noch für Michaelis zu erwärmen vermag, jede ihn nur noch als einen provisorischen Platzhalter für einen unbequemen Nachfolger betrachtet, gibt der Krise den Charakter einer schleichenden, letzten Endes unheilbaren Krankheit. Wie sich die Dinge durch die Entwicklung des Falles Michaelis-Capelle zugespitzt haben, wird man annehmen dürfen, daß nach der Rückkehr des Kaisers aus dem Orient die Krise, sei es durch die Berufung eines neuen Kanzlers, sei es durch die Ersetzung eines und des anderen Staatssekretärs, einer Lösung entgegengeführt werden wird. Vielleicht, daß schon bei dem Erscheinen dieses Aufsatzes die Entscheidung in der einen oder der anderen Richtung gefallen ist.

Wie kam es nur, daß das große Kapital von Vertrauen und Hoffnung, mit dem Herr Dr. Michaelis die Erbschaft seines Vorgängers antrat, in so kurzer Zeit vertan wurde? Wir haben in ihm doch nicht etwa einen leicht-herzigen Verschwender zu erblicken, der sorglos mit seinem Pfunde darauf losgewirtschaftet hätte, sondern einen Mann von außerordentlicher, fast peinlicher Gewissenhaftigkeit, der dort zwar, wo er seine Aufgabe und seinen Weg klar vor sich sieht, mit freudiger Entschlossenheit vorgeht, im allgemeinen aber mit seiner Stellungnahme und Entscheidung noch vorsichtiger, ja ängstlicher zurück-

hält wie sein Vorgänger. Daß er sich selbst zu der schweren, allzu schweren Bürde seines Kanzleramtes gedrängt haben sollte, wie wohl kolportiert wird, erscheint undenkbar. Wahrscheinlicher ist, daß er in dem Ruf, der an ihn erging, nicht bloß den Ruf seines Kaisers und Königs, sondern auch den Gottes erblickte, dem er unbedingt, auf die Gefahr hin, daß er dem Amte nicht gewachsen sein sollte, Folge zu leisten habe. Fern sei es von uns, an einem gläubigen Gottvertrauen, das in der Zuversicht auf höhere Hilfe die schier unerträgliche Last auf sich nahm, Kritik zu üben. Wohl aber muß gefragt werden, ob diejenigen, die dem Kaiser den Rat zu der Berufung Michaelis' gaben, nicht die besonderen Schwierigkeiten, die einem reinen Verwaltungsbeamten, der weder mit der hohen noch mit der inneren Politik irgend vertraut war und ebensowenig auf eine parlamentarische Schulung zurückblicken konnte, ins Auge gefaßt haben? Man weiß ja, daß der Kaiser bis zuletzt Bethmann Hollweg sein volles Vertrauen bewahrt hat und daß er, als er genötigt wurde, in dessen Entlassung zu willigen, sich bei der schweren Suche nach seinem Nachfolger völlig zurückgehalten hat. Haben sich denn die, die dem Kaiser Michaelis zuführten, nicht klar gemacht, wie unwahrscheinlich, ja wie ausgeschlossen es sei, daß ein Kanzler erfolgreich sein könnte, nun gar in dem Weltbeben des Krieges, dem politische Erfahrung abging? Warum haben sie nicht in dieser Frage, bei der es sich nicht nur um ein sorgfältig, leider nur zu sorgfältig gehütetes Thronrecht handelte, sondern um das Wohl und Wehe des ganzen deutschen Volkes, ja um den Ausgang des Krieges, die Meinung und den Rat der Volksvertretung, auf deren Mitwirkung der künftige Kanzler wieder und wieder angewiesen war, eingeholt? Als es Herrn von Hollweg zu beseitigen galt, da wurde der Kronprinz veranlaßt, die Meinung eigens zu solchem Zweck ausgewählter Parlamentarier zu hören. Ja, konnte man, mußte man da nicht erst recht, schon aus Klugheit, die Ansicht der erfahrensten Parlamentsführer über den neuen Kandidaten einholen? Sah man denn nicht, wie unendlich man diesem so die Aufgabe, ein vertrauensvolles Verhältnis zu der Volksvertretung herzustellen, erleichtert hätte? Fühlte man es denn gar nicht, wie unsäglich es die seitherige Regierungsmaxime, wonach die Krone ihren verantwortlichen Ratgeber auf eigene Hand, ohne irgendein bescheidenes Zutun der Volksvertretung ernannt, kompromittieren mußte, wenn just in diesem Falle, wo auf die richtige Wahl so unsäglich viel ankam, wo unbedingt nur die beste und tauglichste aller Persönlichkeiten ausgesucht werden durfte, ein Mißgriff stattfand? Es ist heute ja noch nicht möglich, den letzten Schleier von diesen Dingen fortzuziehen. Das aber muß gesagt werden: es wäre besser, weitaus besser gewesen, wenn bei dem Ersatz des Herrn von Bethmann Hollweg auch die Stimme des Volkes in der Stimme der Volksvertretung gehört wäre! Und sollte es im Laufe des Weltkrieges, sei es über kurz oder lang, zu einem neuen Kanzlerwechsel kommen, so möge das einmal zu schwerem Schaden Versäumte nachgeholt werden, nicht um ein gesetzliches Mitbestimmungsrecht des Volkes einzuführen, sondern um dem neuen

Staatslenker des Deutschen Reiches das volle Vertrauen des Volkes, dessen er nun einmal nicht entraten kann, und das ihm wenigstens heute, in der unsäglichen Bedrängnis des Weltkrieges nicht von selbst in den Schoß fällt, auf seinen Weg zu geben!

Denn das kann doch keine Frage sein: was dem Reichskanzler Michaelis bei allen seinen Vorzügen und bei seinem guten Willen abgegangen ist und noch abgeht, das ist die Fähigkeit, sich das Vertrauen der Volksvertretung zu erwerben und zu erhalten. Er ist, so scheint es doch, nicht der große und selbstsichere Staatsmann, der unbeirrbar durch äußere Einflüsse, durch das verwirrende Parteigetriebe geradeaus seinen Weg geht, er ist auch nicht das Genie, das in jeder noch so schwierigen Lage intuitiv das Rechte findet, er ist auch nicht entfernt der Meister des Wortes, der jeden Anstoß zu meiden und nötigenfalls Öl auf die brausenden, hochgehenden Bogen zu gießen weiß. Was ihn charakterisiert, ist das Streben, es möglichst allen Parteien recht zu machen und sie alle zu gewinnen. Er hat es sich unsägliche Mühe kosten lassen, zwischen Sylla und Karybdis, der Reichstagsmehrheit und Minderheit, hindurchzusteuern. Das hätte vielleicht zu einer Zeit gelingen können, wo noch die Erörterung der Kriegsziele verboten und der Burgfriede in Geltung war. Es hat doch seinen guten Grund gehabt, daß Herr von Bethmann Hollweg so lange Zeit hindurch die Erörterung der Kriegsziele nicht freigeben wollte. Wäre es in der Tat nicht richtiger gewesen, mit der Freigabe noch so lange zurückzuhalten, bis die Regierung selbst in der Lage war, ihre eigenen Kriegsziele bekannt zu geben? Hat uns die Freigabe denn irgendetwas anderes eingetragen, als die Entfesselung eines ungeheuren, hoffnungslosen, widerwärtigen Meinungsstreites, der schlechterdings gar nichts genützt, nur geschadet hat und der jedem leitenden Staatsmann das Leben ganz unsäglich schwer, eigentlich unmöglich machen muß? Herr Dr. Michaelis hat die Sisyphusarbeit unternommen, sich zwischen dem hin- und herwogenden Meinungsgetriebe durchzuwinden. Das konnte nur mittels der geflistentlichen Vermeidung einer klaren und entschiedenen Stellungnahme geschehen, die aber von allen Taktiken doch wohl die allergefährlichste, ja die allerverkehrteste war. Sein Unglück fing an, als er die Friedensresolution vom 19. Juli nur unter der Klausel „wie ich sie auffasse“ passieren ließ. Das Wort war ja gewiß nicht als eine hinterhältige reservatio mentalis gemeint, sollte den Kanzler vielmehr nur davor sichern, daß die immerhin nicht ganz eindeutige Resolution zu einer unliebsamen Fessel werden könne; aber es ist doch zu einem geflügelten Wort geworden, dessen strupellose Anwendung einen Schatten auf den Kanzler fallen läßt.

Um die Friedensresolution, die im Grunde genommen durch das Nichteingehen unserer Feinde auf sie hinfällig geworden ist, ist nun schon ein volles Vierteljahr mit einer Erbitterung gekämpft worden, die unbegreiflich, ja absurd ist. Der Kanzler schien einen Augenblick von ihr abrücken zu wollen, was jene Krise vom August herbeiführte; er hat sich ihr dann wieder in der Amt-

wort auf die Papstnote und noch mehr in seiner Reichstagsrede vom 8. Oktober genähert, ohne sie sich doch restlos anzueignen. Schade, jammerschade, daß Herr Dr. Michaelis seine Mahnung an diejenigen, welche die Friedensresolution immer mit dem aufreizenden Schimpfwort des Hunger- und Schmachfriedens belegen: ihr gerechter zu werden und sie positiv auszuweisen, erst jetzt ausgesprochen hat, wo er nur noch tauben Ohren predigt. Wie wenig Respekt er bei den Wortführern der „Alldeutschen“ findet, mag man daraus entnehmen, daß Graf Redentlow und, seinem Beispiel folgend, der ganze Chor der gleichgesinnten Presse bis auf den heutigen Tag morgens und abends das mißtönige Lied von dem Hungerfrieden ableiert, ohne damit etwas anderes erreichen zu können, als daß die Mehrheitsparteien sich umsomehr auf die Resolution versteifen.

Trotz dem gänzlichen Mangel an Rücksichtnahme auf seine Wünsche zeigt sich aber Herr Dr. Michaelis, der zweifellos nach seinen innersten Empfindungen den konservativen und alldeutschen Kreisen näher steht als den Mehrheitsparteien, stets aufs neue beflissen, auch ihnen entgegenzukommen. Nur so ist es zu erklären, daß er sich den Anschein gab, die Interpellation wegen der alldeutschen Umtriebe im Heere für eine Bagatelle anzusehen, über die er selbst kein Wort zu verlieren brauche. Er wird dies selbst schwer bereut haben; denn seine Vertreter, sowohl der Kriegsminister von Stein wie der Vizekanzler Helfferich fanden nicht den Ton, der die Erregung des Reichstags beschwichtigt hätte. Als der Kanzler dann selbst in die Debatte eingriff, schien das drohende Unheil alsbald beschworen. Da mußte der Wunsch des Kanzlers, den Rechtsparteien die bittere Pille, die für sie die Verleugnung aller und jeder Parteinahme für die Vaterlandspartei bedeutete, zu versüßen — einen anderen Grund vermögen wir für die Hineinzerrung der beklagenswerten Vorkommnisse bei der Marine nicht zu entdecken — einen neuen, weit schlimmeren Sturm heraufzuführen. Es ist — wir dürfen es freimütig heraus sagen — der folgenschwerste Fehler, den der Kanzler in seiner Amtszeit begangen hat: ein Fehler, der sich gleich allen anderen daraus erklärt, daß er, der ausgeprägte Bureaufkrat, sich nur mühsam in die Psyche der Volksvertretung hineinzufinden vermag. Nach der Stellung, die der Sonderausschuß zu der Affäre eingenommen hatte, mußte der Kanzler wissen, daß es ganz unangebracht sei, die Dinge im Reichstage zu besprechen, gar im Zusammenhang mit der gegen die Alldeutschen gerichteten Interpellation. In der Tat hat sich der gemeinsame Vorstoß Michaelis' und Capelles zu einem schweren Fiasko für die Regierung gestaltet, dessen Folgen noch gar nicht abzusehen sind. Die Version, die jetzt aus der Wilhelmstraße verbreitet wird, als habe der Staatssekretär von Capelle sich nicht mit seinen Darlegungen im Einklang mit dem Reichskanzler befunden, ist von der gesamten Presse nahezu einstimmig abgelehnt. Auch wir müssen sagen, daß uns die Haltung Capelles staatsmännischer dünkt als diejenige des Kanzlers. Mag Capelle immerhin die Worte von der Mitschuld der drei Mitglieder der unabhängigen Sozialdemokratie

an den betrübenden Vorgängen in Wilhelmshaven nicht vorsichtig genug gefaßt haben, so hat er doch die Vorgänge selbst in ihrer wahren, durchaus beschränkten Bedeutung dargestellt: es habe sich nur um einige wenige Leute an Bord unserer Flotte gehandelt; die umlaufenden Gerüchte seien maßlos übertrieben, die Schlagfertigkeit der Flotte — die sich inzwischen bei der Unternehmung auf Djel glänzend bewährt hat — sei nicht einen Augenblick in Frage gestellt gewesen. Im Gegensatz dazu mußten die Worte des Kanzlers die Bedeutung der Vorgänge geradezu aufbauschen, sagte er doch: „Es handelte sich um alles. Es mußte der Widerstand gebrochen werden. Es war ein kritischer Moment.“ Wie sehr diese Worte uns im Auslande geschadet haben, wie sehr sie den Widerstand der Ententestaaten zu befeuern geeignet sind, das hat sich inzwischen in dem Echo der feindlichen Presse genugsam gezeigt. Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ in diesem Falle den Auslandsstimmen gar kein Gewicht beilegen, vielmehr gar einen Vorteil darin sehen will, wenn die großbritannischen Fachkreise sich Illusionen über die Schlagkraft unserer Flotte hingäben, so ist das nur ein klassischer Beweis für die Fachtweise jener Zeitung — in Sachen der Friedensresolution war natürlich jede Auslandsstimme, die von Schwäche sprach, von Zentnergewicht! —, es vermag aber den Kanzler von dem Vorwurf, in öffentlicher Parlamentsverhandlung des Wortes nicht in dem wünschenswerten Maße Herr zu sein, nicht zu entlasten.

Es ist auch wohl nicht nur Zufall, wenn der Kanzler die Plenarsitzungen sichtlich weniger wie die Ausschußverhandlungen liebt. Uns scheint die Tendenz, die wichtigsten Verhandlungen in steigendem Maße in die Ausschüsse zu verlegen und dort auch die Reden der leitenden Staatsmänner gleichsam unterzubringen, weder der Würde des Reichstages noch auch der Würde der Staatsmänner selbst angemessen. In die Ausschüsse gehören die Kommissare der Regierungen; die leitenden Staatsmänner sollten aber, soweit es sich nicht um vertrauliche Verhandlungen und folglich um geheime Reden handelt, stets nur im Plenum sprechen. Ein Staatsmann, vor allem ein Kanzler, der nicht imstande ist, auch und gerade im Plenum eine Fülle auch von rednerischen Vorträgen zu entfalten, ist eigentlich ein Unding.

Natürlich wäre es verkehrt, die Schuld, weshalb es nun schon mehrfach zu Konflikten zwischen Kanzler und Parlament gekommen ist, allein bei dem ersteren zu suchen. Auch das Parlament ist gewiß nicht frei von Schuld und Fehle. Es ist wirklich etwas an der vielberufenen Nervosität des Reichstages. Nicht immer hat er dem Kanzler die Geduld und das sorgsame Verständnis entgegengebracht, auf das der leitende Staatsmann doch wohl Anspruch erheben darf; noch in der letzten Tagung ist tatsächlich Herrn Dr. Michaelis manche Redewendung im Munde herumgedreht worden. Aber im Grunde hat sich der Kanzler das doch selbst zuzuschreiben; gerade seine Art, sich verlausuliert auszudrücken, den Vorderatz durch den Nachsatz aufzuheben, die eine Rede durch eine neue zu kommentieren und zu korrigieren, ist es, was den Reichstag nervös

gemacht hat. Das öde Machtstreben, das dem Reichstage immer wieder nachgesagt ist, die Kanzler- und Ministerstürzerei, die ihm zum Vorwurf gemacht wird, ist in Wahrheit nicht, jedenfalls weit weniger, als behauptet zu werden pflegt, vorhanden. Wie? ist denn nicht Herr Helfferich trotz der Brüstierung des Reichstages anstandslos das Gehalt bewilligt worden? Ist nicht der Reichstag trotz allem, was vorgekommen ist, ganz friedlich auseinandergegangen, ohne auch nur den Versuch zu machen, sei es seine Rechte zu erhöhen, sei es dem Kanzler den Lebensfaden abzuschneiden? Es wäre gewiß nicht so schwer, mit diesem Reichstage zu regieren; es gehört schließlich nur ein Kanzler dazu, der dem Reichstage in allen Dingen klaren Wein einschenkt und die Wirkung seiner Worte, sein Auftreten in offener Plenarversammlung zu berechnen weiß. Jeder Kanzler wird doch den Reichstag haben, den er verdient. Das beweist nicht viel gegen Herrn von Bethmann Hollweg, dessen Majorität doch nur darum zusammengebrochen ist, weil sich Persönlichkeiten von überragendem Gewicht gegen ihn wandten, deren Stellungnahme auf große Parteien des Reichstages nicht ohne Einfluß bleiben konnte. Es beweist allerdings aber viel gegen Herrn Dr. Michaelis, der so rasch den Boden im Parlament verlor.

Es ist doch nicht anders, das rasche Fiasko Herrn Dr. Michaelis' innerhalb dreier Monate bedeutet doch eine Folie für die dreijährige Kriegskanzlerschaft Bethmann Hollwegs. Die „Ovation“, die diesem neulich im Reichstage zuteil geworden ist, die jüngste Ovation im Würzburger Parteitag, wo er von dem Gewerkschaftsführer August Winnig, einem der klügsten Köpfe der Sozialdemokratie, als der Kanzler des Verständigungsfriedens und der Neuorientierung, der durch Bildung und Ehrlichkeit alle anderen Staatsmänner überrage, gepriesen worden ist, spricht sicherlich von einem zurückkehrenden und wachsenden Verständnis für den fünften Kanzler. Bedeutet nicht überhaupt die ganze Amtsführung Michaelis', die, wie es hier in dem Aufsätze „Der Kurs des neuen Kanzlers“ in Nr. 33 vom 15. August vorausgesagt ist, fast überall in den Bahnen Herrn von Bethmann Hollwegs geblieben ist, obwohl es Herrn Dr. Michaelis gewiß nicht an dem guten Willen gefehlt hat, von ihnen abzurücken, eine glänzende Rechtfertigung für den Alt-Reichskanzler? Ja, wir sind des Glaubens, wenn die Parteiführer heute oder morgen gefragt würden, welcher Staatsmann alles in allem am meisten geeignet erscheine, die Geschicke Deutschlands zu leiten, so würde der Kaiser mit Freuden sehen können, daß sein Festhalten an Bethmann Hollweg der inneren Rechtfertigung nicht entbehre und entbehrt. Es ist nicht darum, weshalb hier einer Befragung der Volksvertretung bei einem etwaigen Kanzlerwechsel das Wort geredet wird, vielmehr geschieht es aus der Erkenntnis heraus, daß in dieser gewaltigen Zeit das Wort von der vollen Einigkeit zwischen Volk und Kaiser, von dem Volkskönigtum der Hohenzollern seine höchste und letzte Weihe in einem solchen gemeinsamen Suchen nach dem großen Staatsmanne finden sollte, der noch immer die Sehnsucht aller ist. O, der Toren, die da sagen, daß durch eine solche

Mitbestimmung der Volksvertretung, des Volkes selbst die Würde der Krone selbst beeinträchtigt werde. Ein Kanzler, der von dem vollen Vertrauen des Volkes und seiner Vertretung getragen wird, ist heute schlechthin ein nationales Erfordernis, wir dürfen sagen das nationale Erfordernis!



## Das mitteleuropäische Kriegsziel

Von Dr. Karl Buchheim



Deutschland hallt wider von den Schlachtrufen der Kriegszielparteien: hie „Verständigungs-“, hie „Sicherungs-“friedel. Ob die Gegensätze gar so unüberbrückbar sind? Ich bin nach wie vor der Meinung, daß es diplomatischer gewesen wäre, nicht gegen die Reichstagsmehrheit Sturm zu laufen, sondern ihre Friedensentschließung ebenso für die nationale Sache auszuwerten, wie man es doch verstanden hat, das Friedensangebot vom Dezember 1916 zu benutzen. Unsere Kriegsziele lassen sich auf dem Boden der Reichstagsentschließung erreichen\*), wie es ja auch die Regierung des Herrn Dr. Michaelis allem Anschein nach zu tun unternimmt. Die Gefahr des kommenden Friedens scheint mir nicht gar so arg darin zu liegen, daß man einen sogenannten „Verzichtfrieden“ schließen könnte — „Verständigung“ ist noch lange kein „Verzicht“! —, sondern daß man über der Sorge der Sicherung gegen England und Rußland die rechtzeitige Erneuerung des eigenen Hauses übersieht. Ich denke an „Mitteleuropa“. Die Vorherrschaft über Belgien ist dringend wünschenswert, denn sie kann uns fähig machen, den Wettlauf mit England und Amerika um die wirtschaftliche Ausnutzung des Atlantischen Ozeans noch einmal und unter besseren Bedingungen als vor dem Kriege aufzunehmen. Aber um dieser Aussicht willen dürfen wir die Grundlagen unserer Stellung in Mitteleuropa nicht gering achten. Wir werden ferner vielleicht Rußland hinter die Karowa, wenigstens hinter die Düna zurückdrängen. Aber was könnte das nützen, wenn wir in Österreich-Ungarn etwa eine Entwicklung geschehen ließen, die die slawische

\*) Vgl. meinen Aufsatz „Das belgische Kriegsziel und die Friedenserklärung des Reichstages“ „Grenzboten“ 1917, Nr. 31.